

Kiel, 28.08.2003

Landtag aktuell

TOP 31 – Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/03

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Dr. Henning Höppner:

„Geld statt Stellen“ ist ein sinnvolles, flexibles Instrument

Die Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/03 hat sich ähnlich dargestellt wie im Schuljahr zuvor. Mit den geringfügig gestiegenen Schülerzahlen haben sich in Schleswig-Holstein wie auch in den anderen Bundesländern die Klassenfrequenzen auch nur geringfügig erhöht. Nach wie vor aber liegt Schleswig-Holstein bei den Klassengrößen bei allen Schularten unter dem Bundesdurchschnitt.

Wenn man die östlichen Bundesländer, die unter einem besonderen und dramatischen Bevölkerungsverlust leiden, ausklammert, dann haben wir in Schleswig-Holstein die kleinsten Klassen in den Gymnasien, in den Realschulen und in den Förder- und Sonderschulen. Bei den Hauptschulen ist es nur das Bundesland Hessen, das im Durchschnitt kleinere Klassen hat, und im Bereich der Grundschulen das Saarland. Bayern, das sich selbst immer als Musterbildungsland lobt, hat deutlich höhere Klassenfrequenzen. Bei den Realschulen sind dort fast fünf Schüler mehr in einer Klasse als bei uns, und in den bayrischen Gymnasien sind es fast vier.

Die Anzahl der gebildeten Klassen an unseren allgemeinbildenden Schulen stieg mit 0,35 Prozent kaum. Der Unterrichtsumfang stieg um gut ein Prozent. Dennoch, das haben wir offen angesprochen, sind auch wir mit der Unterrichtssituation nicht vollständig zufrieden. Seit der Vorlage der Ergebnisse der PISA-Studie wissen wir, dass kleine Klassen nicht zwangsläufig zu einem besseren Lernerfolg bei den Schülern führen, anders als viele Eltern und Lehrkräfte es heute noch glauben. Wenn man die

Klassenfrequenz des Bundesdurchschnittes für Schleswig-Holstein zugrunde legen würde, würden wir den Unterricht im Umfang von 1.000 Klassen auf die bestehenden

Wir haben daneben den Bericht des Landesrechnungshofes über den Unterrichtsausfall an unseren Schulen zur Kenntnis nehmen müssen. Wir müssen dem Bericht entnehmen, dass mehr als fünf Prozent Unterrichtsausfall bundesweit betrachtet ein Spitzenwert ist. 54 Prozent fallen aus wegen Krankheit. Das ist für die Schulen schon schwer planbar. Aber die vermeidbaren Unterrichtsausfälle durch Klassenfahrten oder Lehrerfortbildungsveranstaltungen während der Unterrichtszeit sind in dem Umfang nicht hinnehmbar.

Hier müssen die Schulen in ihrem System eigenständig Maßnahmen veranlassen. Dass man solche Maßnahmen umsetzen kann, zeigen uns viele kleine Grundschulen im ländlichen Raum. Dort, wo der Schulbus nur einmal morgens früh zur Schule fährt und nur einmal mittags wieder abfährt, kann man die Kinder nicht einfach nach Hause schicken.

Wir begrüßen daher die von der Landesregierung veranlassten Maßnahmen für verlässliche Schulzeiten in der Grundschule. Sie sind nach den uns vorliegenden Meldungen und entgegen allen Unkenrufen von Lehrerverbänden und Elterninitiativen nicht nur erfolgreich angelaufen. Diese neue Form der festen Zeiten und der flexible Umgang mit Unterricht und Ergänzungszeiten wird von vielen Beteiligten auch ausgesprochen gelobt. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt außerordentlich die zusätzlichen Haushaltsmittel zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls.

Wie sinnvoll dieses flexible Instrument – Geld statt Stellen – sein kann, zeigen einige Kreisschulämter und Schulräte. Es gibt dort eine ausgesprochen hohe Bereitschaft, ein Vertretungsmanagement zu organisieren. Und es klappt, wie die Beispiele zeigen. Wir können alle Beteiligten vor Ort in den Schulen nur auffordern, diesen guten Beispielen zu folgen. Und so empfehle ich auch den engagierten Bildungspolitikern unserer Op-

position, diesen wichtigen Prozess positiv zu unterstützen und sich nicht stets auf die Seite der Nörgler und Bedenkenträger zu stellen.

Wir sind in Schleswig-Holstein schulpolitisch auf dem richtigen Weg. Viele Bürger aus anderen Ländern schauen inzwischen nach Schleswig-Holstein – Eltern, Schüler und auch Lehrerkollegen, zum Beispiel aus der benachbarten Hansestadt Hamburg. Dort ist die Mitte-Rechts-Koalition mit ihrem freidemokratischen Schulsenator vom Träumen schon längst in die Realität zurückgeholt worden. Senator Lange ist dort schon lange nicht mehr bildungspolitischer Hoffnungsträger von Eltern und Lehrern.

Ich bitte den Bericht zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen.